

# Ein grünes Bollwerk gegen Trump

**Der künftige US-Präsident und sein Energieminister werden in der Klima- und Umweltpolitik viel Unheil anrichten. Aber sie können Naturgesetze und wirtschaftliche Realitäten nicht außer Kraft setzen**

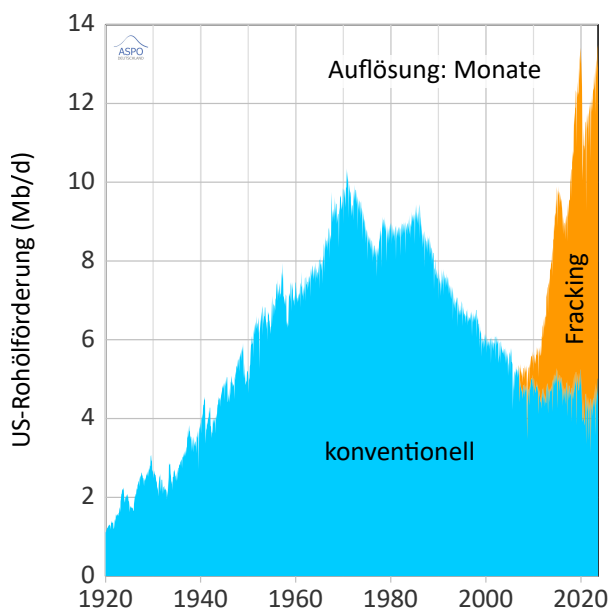
Von Manfred Kriener

Das Gruselkabinett von Donald Trump ist mit einer weiteren Personalie von besonderer Brisanz erweitert worden. Neuer Energieminister wird der Ölmanager Chris Wright, Chef der Fracking-Firma Liberty Oilfield. Wright ist nicht nur ein Mann der Öl- und Gasindustrie, er geriert sich auch als Leugner der Klimakrise. „Es gibt keine Klimakrise, und wir befinden uns bei der Energie auch nicht in einem Umbruch“, gab der Fracking-CEO zu Protokoll. Also erneut ein Bock als Gärtner? Eine starke Machtposition für einen Mann, der die Energiepolitik zurück in die fossile Steinzeit katapultieren will? Fast reflexhaft stellen sich entsprechende Ängste ein: Werden jetzt die letzten Bremsen der Vernunft gelöst? Wird in Naturschutzgebieten und in den Weiten Alaskas – allen Karibus, Eis- und Grizzlybären zum Trotz – bald überall nach Öl gebohrt? Wird der Boom der Erneuerbaren Energien gestoppt und stattdessen wieder mehr Kohle verstromt? Werden womöglich neue Atomkraftwerke gebaut?

Trump, Wright und andere Mitglieder der neuen Administration werden energie- und klimapolitisch einiges Unheil anrichten, das ist in der Tat zu befürchten. Aber auch sie können Naturgesetze nicht außer Kraft setzen und auch nicht die wirtschaftlichen Realitäten. So ist der Umbruch der Energieversorgung, den der Ölmanager Wright wortreich bestreitet, weltweit längst in Gang gekommen. US-Präsident Joe Biden hat recht, als er vor dem G-20-Gipfel in Brasilien sagte: „Die grüne Energie-Revolution ist auf dem Weg und niemand kann sie umkehren, wirklich niemand!“ Bis 2030, so die Hochrechnung der Internationalen Energieagentur (IEA) der OECD-Staaten, werde sich die Leistung der Anlagen für Erneuerbare Energien gegenüber 2023 weltweit nahezu verdreifachen. Auch die USA werden sich von dieser Entwicklung, bei Strafe schwerer ökonomischer Verluste, nicht abkoppeln können, zumal der einflussreiche „Schattenpräsident“ Elon Musk gerade in diesem Sektor viel Geld verdient.

## *Drill, Baby drill!*

An guten Standorten ist die Stromerzeugung durch Solaranlagen aktuell die mit Abstand wirtschaftlichste Alternative. Eine neue Blütezeit der Kohleverstromung würden sich manche fossile Hardliner zwar gern wünschen, aber sie ist einfach unwirtschaftlich. It's the economy, stupid! Ökonomisch haben die erneuerbaren Energien die fossilen längst abgehängt. Die Kohleförderung der USA ist seit Jahren aus geologischen und wirtschaftlichen Gründen rückläufig, diesen Trend wird Kohlefan Donald Trump auch mit hohen Subventionen nur schwer umkehren können.



US-Rohölförderung bis August 2023

„Drill, Baby, drill!“ Trumps pubertärer Schlachtruf für einen neuen glorreichen Aufbruch in der Ölförderung fand mit der Ernennung des Energieministers Wright seine folgerichtige Pointe. Aber auch in der Ölförderung gilt: Trumps Radau kann die Realitäten nicht außer Kraft setzen. Die *konventionelle* Ölförderung in den USA befindet sich seit mehreren Jahrzehnten im Rückwärtsgang, das konnten auch verschiedene republikanische Präsidentschaften nicht ändern.

Die *unkonventionelle* Ölförderung durch Fracking ist nach dem steilem Anstieg vergangener Jahre jetzt auf einem Plateau angekommen, aktuell notierten die Statistiker sogar einen leichten Rücksetzer. Fracking-Experten wie der Münchner Buchautor Werner Zittel erwarten im für die Ölindustrie günstigsten Fall eine Verlängerung des Förderplateaus um einige Jahre, wahrscheinlicher sei aber ein baldiger Rückgang der Förderung, womöglich sogar noch während der Zeit der Trump-Administration. Die Gründe: Die besten Claims sind längst ausgebeutet, immer mehr Bohrungen bringen auf Dauer nicht zwangsläufig auch mehr Öl. Der Boom-and-Bust-Zyklus wird auch die Fracking-Industrie treffen, die Frage ist nur wann. Bei einem sinkenden Ölpreis durch ein höheres Ölangebot würde das Fracking zudem schnell die rote Linie erreichen und zumindest in geologisch ungünstigeren Regionen unwirtschaftlich werden, denn die Fracking-Kosten sind hoch.

### *Sinkender Ölpreis – unrentables Fracking*

Angebot und Nachfrage bilden im Ölsektor ohnehin eine heikle Beziehung. Der männliche, US-amerikanische Trump-Wähler besteht, als unveräußerliches Grundrecht, nicht nur auf riesigen Steaks, die über den Tellerrand wabern, sondern ganz selbstverständlich auch auf billigem Benzin für seinen Pick-Up. Die Ölindustrie, die Donald Trump jetzt pampert und zu neuen Höhenflügen führen will, braucht aber möglichst hohe Ölpreise, damit sich die zunehmend aufwändigeren Investitionen in die Suche und Erschließung neuer Ölfelder auch rechnen. Ein Widerspruch, der schwer aufzulösen ist. Billiges Öl als Belohnung

für Trump-Wähler wäre für den neuen Energieminister ein Albtraum, weil ein niedriger Ölpreis die Gewinnmargen der Branche abschmelzen lässt.

Besonders aufwändig und teuer ist die Erschließung neuer Ölfelder in den arktischen Regionen Alaskas. Präsident Joe Biden hat etliche Gebiete im nördlichsten US-Bundesstaat unter Schutz gestellt und von Ölbohrungen ausgenommen. Er hat aber gleichzeitig, entgegen seines Wahlversprechens und trotz heftiger Kritik von Umweltaktivisten, dem Energiekonzern *Conoco-Phillips* grünes Licht für Ölbohrungen an drei Standorten gegeben. Vergessen wir nicht: Auch die demokratischen Präsidenten hielten stets ihre schützende Hand über die Interessen der Ölindustrie. Voller Stolz hatte Barack Obama verkündet, dass die USA während seiner Amtszeit zum größten Ölproduzenten der Welt aufgestiegen seien.

Präsident Joe Bidens energie- und klimapolitischer Befreiungsschlag war der „Inflation Reduction Act“, ein 370 Milliarden Dollar schweres Investitionsprogramm. Mehr als Dreiviertel des Geldes soll bisher vor allem in ländliche, also republikanisch dominierte Bundesstaaten geflossen sein. Ein Abwürgen des IRA würde mehr als 300.000 Arbeitsplätze im grünen Energie- und Umwelttechnologie-Sektor gefährden. Trumps eigene Parteileute werden sich dagegen zu wehren wissen. Zudem: Viele US-Bundesstaaten und Städte haben längst in Eigenregie Klima- und Umweltprogramme aufgelegt, die Trump schwerlich alle stoppen kann. Kalifornien zum Beispiel hat zuletzt viel unternommen, um seine Umweltgesetze „trumpsicher“ zu machen.

Es gibt also auch in düsteren Zeiten noch ein wenig Hoffnung auf die Restvernunft.

*Kriener ist Umweltjournalist und Autor in Berlin  
Zuletzt erschienen: „Fisch in Seenot“ im Hirzel-Verlag*